

Das kollektive Erleben des Ersten Weltkrieges bzw. das Bewusstsein, von seinen kriegerischen Auseinandersetzungen verschont geblieben zu sein, veränderte die Schweiz in verschiedenerlei Hinsicht nachhaltiger, als die Fokussierung der nationalen Geschichtsschreibung auf den Zweiten Weltkrieg lange glauben ließ. Die Idee der Schweiz als „Insel“ inmitten eines streitenden Europas fand hier einen fruchtbaren Boden.

Das Verhältnis des Landes zur Welt war jedoch durchaus ambivalent, hatten die Entwicklungen des Krieges doch die wirtschaftliche Abhängigkeit und die weltanschauliche Beeinflussung durch das Ausland deutlich offenbart. Dass die Vorstellung von der besonderen Stellung der Schweiz nicht zwangsläufig zu ihrer Abschottung führen musste, zeigte der in einer Volksabstimmung gutgeheißene Beitritt des Landes zum Völkerbund 1920. Die Zustimmung verdeutlichte auf der einen Seite die kurze Aufbruchsstimmung sowie die starke internationale Tradition der Schweiz, auf der anderen Seite galt es, die sprachpolitischen und sozialen Gräben zu glätten, die der Krieg aufgerissen hatte. Die liberalen Antworten auf die Oktoberrevolution, wie etwa die Gründung der „Internationalen Arbeitsorganisation“, wirkten auch in der Schweiz ausgleichend.

In der Londoner Erklärung vom 13. Februar 1920 trugen die Mitglieder des Völkerbundes der schweizerischen Neutralität Rechnung und sicherten dem Land zu, dass es einzig an wirtschaftlichen und finanziellen, nicht aber an militärischen Sanktionen des Völkerbundes teilnehmen musste. Mit dieser Zusicherung konnte die Regierung weitverbreitete neutralitätspolitische Bedenken ausräumen, die angesichts des anfänglichen Ausschlusses der Verlierermächte aus der Völkerbundordnung aufgekommen waren. Innenpolitisch beruhigte aber die Schwäche Deutschlands die Spannungen zwischen den deutschen und den lateinischen Sprachregionen, die sich spätestens

seit der Gründung des Deutschen Reichs 1871 akzentuiert hatten. Im 19. Jahrhundert hatte sich nämlich die traditionelle politische Orientierung der Schweiz stark von Frankreich zum nördlichen Nachbarn verschoben.

Mit der Machtübernahme Benito Mussolinis in Italien 1922 begann die Auseinandersetzung der Schweiz mit dem Faschismus. Angesichts des verbreiteten, zuweilen virulenten Antikommunismus als Folge der Oktoberrevolution in

Russland und des „Landesstreiks“ – ein Generalstreik, der vom 14. bis zum 18. November 1918 die Schweiz lahmlegte – entwickelten faschistische Ideen eine gewisse Anziehungskraft. Es bildeten sich in allen Landesteilen nationalkonservative Strömungen, welche sich gegen das Ausland, das „Fremde“ und gegen den Sozialismus (verkörpert im Landesstreik) richteten, ohne vorerst politisch bedeutend zu werden.

Die sogenannten irredentistischen Anflüge des italienischen Faschismus – die Forderung nach einem Anschluss der italienischen und rätoromanischen Sprachgebiete der Schweiz (Tessin, Graubünden) ans faschistische Reich – erhielten früh eine bedrohliche Note. Mussolini forderte seit Mitte der 1930er Jahre offen eine Staatsgrenze entlang dem „mittleren Alpenkamm“, was einer Aufteilung der Schweiz unter ihren faschistischen Nachbarn gleichgekommen wäre. Dieses Bedrohungsszenarium führte letztlich

zu einem stärkeren Zusammenhalt der Schweizer Bevölkerung, die im Ersten Weltkrieg noch entlang den sprachlichen Gräben getrennt war. Als Reaktion auf die italienischen Begehrlichkeiten wurden die italienische Landessprache und die damit verbundene Kultur 1931 durch den Bund gesetzlich unterstützt.

Als die Nationalsozialisten 1933 in Deutschland die Regierung übernahmen und ihre Herrschaft mit Gewalt sicherten, begann in der Schweiz definitiv das Ringen um den richtigen Umgang mit dem Faschismus. Die Flucht-

## Umzingelte Eidgenossen

*Die Machtübernahme von faschistischen Kräften in den Nachbarländern – zuerst in Italien und dann in Deutschland – versetzte die Schweiz in eine schwierige politische Lage. War die nach dem Ersten Weltkrieg angestrebte Neutralität nun noch zu halten?*



Seit seiner Gründung 1920 hatte der Völkerbund seinen Sitz in Genf. Hier spricht der Schweizer Bundesrat Giuseppe Motta (1935).



Nach der Kapitulation Frankreichs im Juni 1940 unterbrechen Schweizer Soldaten den Bahnverkehr zwischen Frankreich und der Schweiz. Nun war die Umzingelung des Landes durch Italien und Deutschland praktisch vollständig.

bewegungen von Menschen und Gütern, die beschleunigte Aufrüstung und die Errichtung einer NS-Parteidiktatur, die den tiefverwurzelten demokratischen Strukturen der Schweiz krass entgegenstand, verstärkten die Rückbesinnung auf sich selbst. Begonnen hatte diese Entwicklung während der Weltwirtschaftskrise 1929.

Der Druck von außen begünstigte sowohl den Zusammenhalt im Innern als auch die ideologische Abgrenzung. Auf der anderen Seite war Deutschland der wichtigste Handelspartner der Schweiz, und die wirtschaftlichen Beziehungen blieben weitgehend bestehen. Dies galt auch für das faschistische Italien.

Die schweizerischen Geschäftsleute passten sich dem neuen Umgangston in Deutschland an. Jüdische Angestellte und Führungskräfte wurden – selbst in der Schweiz – teilweise entlassen, jüdische Aktionäre zum Rückzug ge-

drängt, obwohl die Schweizer Behörden den Unternehmen mitteilten, dass sie keine Informationen über die „rassische Zugehörigkeit“ ihrer Mitarbeitenden weitergeben sollten.

### **„Frontenbewegung“: Faschisten in der Schweiz**

In der sogenannten Frontenbewegung sammelten sich in den 1930er Jahren verschiedene sehr heterogene Gruppierungen, die sich an den faschistischen Modellen des Auslands orientierten. In der französisch- und italienischsprachigen Schweiz diente der Faschismus Mussolinis als Vorlage, in der deutschsprachigen Schweiz mehr das nationalsozialistische Vorbild. Zu einem Zusammenschluss über alle Landesteile hinweg kam es nie.

Die Frontenbewegung zog Menschen aus allen sozialen Schichten und jedes Alters an. Sie verbanden ein virulenter Antikommunismus und ein ausgeprägter Antisemitismus. Ihr Ziel war die politische Umgestaltung der Schweiz hin zu einem autoritär und korporativ, das heißt in einer Art „Volksgemeinschaft“ organisierten Staat nach faschistischem Vorbild. Dafür reichten sie 1934 die Volksinitiative zur „Totalrevision der Bundesverfassung“ ein.

**Volksabstimmung beendet faschistische Bestrebungen**

Erfolge bei Wahlen erzielten die Kandidaten der Fronten jedoch einzig in Wahlbündnissen mit bürgerlichen Parteien. In ihrem ersten und einzigen Nationalratswahlkampf 1935 erhielten sie nur zwei Mandate (Zürich und Genf). Ihre Initiative zur korporatistischen Ausrichtung der Schweiz erlitt in der Volksabstimmung 1935 eine deutliche Niederlage. Die Schweizer

Stimmbevölkerung erteilte dem Faschismus eine demokratische Abfuhr.

Die zunehmend als Bedrohung empfundenen faschistischen Nachbarstaaten sowie der stark verwurzelte Föderalismus, der dem Konzept eines Einheitsstaates widersprach, führten zu einem frühen Niedergang der Fronten. Aspekte ihres Denkens lebten jedoch in rechtskonservativen Kreisen weiter. So verlieh die Universität Lau-

sanne noch 1937 die Ehrendoktorwürde an Benito Mussolini.

1932 wurde die Landesgruppe Schweiz der NSDAP gebildet. Der Druck auf niedergelassene Deutsche, sich den NS-Organisationen anzuschließen, stieg. Die Schweiz reagierte mit der Gründung der Bundespolizei 1935 sowie den „Maßnahmen gegen staatsgefährliche Umtriebe und den Schutz der Demokratie“ von 1938.



Keystone / Photopress-Archiv / RIA / STR

Oben: Während des „Landestreiks“ im November 1918 kamen Einheiten der Armee als Ordnungstruppen (hier beim Defilee auf dem Fahrrad) zum Einsatz.



Links: Aufmarsch von „Frontisten“ in Brütten (Kanton Zürich) 1934. Die Frontenbewegung sympathisierte mit dem Faschismus.

aus: Werner Rings: Schweiz im Krieg, 1933–1945. Chronos Verlag, 9., erweiterte Auflage, Zürich, 1997 (Seite 19)

Zu erheblichen Spannungen kam es 1936, als der in der Schweiz studierende Österreicher David Frankfurter in Davos den Landesgruppenführer der NSDAP Wilhelm Gustloff erschoss. Der Fall erregte international großes Aufsehen, und der Bundesrat beschloss in der Folge, die Leitungsorgane der NSDAP in der Schweiz aufzulösen, nicht aber die Organisation selbst. Die nationalsozialistische Propaganda lief gegen die Schweiz und ihre „Hetzpresse“, die für den Mord mitverantwortlich gemacht wurde, Sturm.

1938 plante der Neuenburger Maurice Bavaud ein Attentat auf Adolf Hitler. Um politische Irritationen zu vermeiden, ließen ihn die schweizerischen Behörden im Stich und halfen gar der Gestapo bei den Ermittlungen. Bavaud wurde verhaftet und 1941 schließlich in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Das zunehmend aggressive Auftreten des nationalsozialistischen Deutschland wurde für die Schweiz zur Herausforderung. Der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund sowie aus den laufenden Abrüstungsverhandlungen veränderte das internationale Staatensystem, das bereits durch die Weltwirtschaftskrise nachhaltig erschüttert worden war. Eine kollektive Friedenssicherung ohne den starken Nachbarn im Norden war für die Schweiz außenpolitisch heikel.

### Italiens Angriff auf Abessinien erfordert eine Neupositionierung

Während im Innern unter dem Banner der „Geistigen Landesverteidigung“ (siehe nachfolgender Artikel) eine ideologische Abgrenzung stattfand, versuchte die Schweiz, die wirtschaftlichen Beziehungen nach außen hin aufrechtzuerhalten. Zentrales Element der engen Bindung an Deutschland war der 1934 unterzeichnete „Clearing-Vertrag“, der den Zahlungsverkehr zwischen den beiden Staaten über die Zentralbanken regelte (siehe Artikel Seite 34).



Ulstein Bild (2)

Als Benito Mussolini 1935 den Angriff auf das unabhängige Völkerbund-Mitglied Abessinien befahl, geriet die Schweizer Regierung in ein Dilemma. Obwohl die Sanktionen des Völkerbunds angesichts der Bedeutung Italiens als Konkurrent der Nationalsozialisten vergleichsweise milde ausfielen, zögerte der Bundesrat, die gutnachbarschaftlichen Beziehungen zu gefährden. Schließlich weigerte sich die Schweiz, die Beschlüsse des Völkerbunds mitzutragen. Als die Sanktionen 1936 aufgehoben wurden, setzte sich Bundesrat Giuseppe Motta für eine schnelle Anerkennung der italienischen Herrschaft über Abessinien ein, obschon die Brutalität des italienischen Vorgehens weithin sichtbar war.

Die Erfahrungen der Abessinien-Krise sowie das Bedürfnis, weitere sich anbahnende Konflikte mit den faschistischen Nachbarn zu vermeiden, führten dazu, dass die Schweiz am 14. Mai 1938 ihre Rückkehr zu einer „integralen“ Neutralität erklärte. Damit befreite sich das Land insbesondere von den wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionspflichten des Völkerbundes.

Der Leiter der NSDAP-Landesgruppe Schweiz, Wilhelm Gustloff (links), wurde am 4. Februar 1936 von dem Studenten David Frankfurter (unten) erschossen. Der Täter wurde in der Schweiz zu 18 Jahren Haft verurteilt, 1945 aber begnadigt und des Landes verwiesen.



Doch trotz dieser Neutralität befand sich die Schweiz auf einer Gratwanderung. Die Ereignisse um sie herum – die Gewaltherrschaft in Deutschland, die vielen Menschen (mit ihren Gütern) auf der Flucht und die zunehmende Kriegsgefahr – forderten Antworten. Angesichts der Suche nach einem Ausgleich mit den bedrohlichen nationalsozialistischen Machthabern traten die traditionell ebenfalls sehr engen Beziehungen zu Großbritannien und Frankreich politisch in den Hintergrund, wenngleich die wirtschaftlichen Kontakte eng blieben.

Als Hypothek für die Schweiz erwiesen sich die angespannten bis miserablen Beziehungen zu den späteren Siegermächten: den USA und insbesondere der Sowjetunion. Die Vereinigten Staaten waren nach ihrem Kriegs-

eintritt im Ersten Weltkrieg 1917 nur eingeschränkt gewillt gewesen, die schweizerische Neutralität zu akzeptieren, und verlangten generell von den Neutralen eine Positionierung gegen die Mittelmächte, womit sich die Schweiz schwertat. Zudem brachen die zuvor noch regen Handelskontakte in der Weltwirtschaftskrise ein.

Trotz der Neutralität und obwohl der Völkerbund seinen Sitz in Genf hatte, gab es zwischen der Schweiz und der Sowjetunion keine Annäherung, die diplomatischen Beziehungen blieben unterbrochen. Die Schweiz stimmte 1934 sogar als eines von wenigen Ländern gegen die Aufnahme der UdSSR in den Völkerbund.

### Schlechter Draht zur Sowjetunion wird im Krieg zum Problem

Bis zu den Kriegseintritten der beiden Großmächte im Verlauf des Jahres 1941 waren die fehlenden Beziehun-

gen zur Sowjetunion noch nicht ausschlaggebend. Dies änderte sich jedoch mit dem Kriegsverlauf und dem sich abzeichnenden Kalten Krieg für die Schweiz dramatisch. Stalins Irritation gegenüber der Schweiz ließ eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Bern und Moskau scheitern, was schließlich im Dezember 1944 zum Rücktritt des schweizerischen Außenministers Marcel Pilet-Golaz führte. Schon im Ersten Weltkrieg war der damalige Außenminister über die Vermittlung eines Separatfriedens zwischen Russland und Deutschland gestolpert und hatte 1917 zurücktreten müssen.

Nicht zuletzt aufgrund der Erfahrung mit der Frontenbewegung und der faschistischen Bedrohung von außen, aber auch als Folge der Weltwirtschaftskrise näherten sich in der Schweiz die Linken, vornehmlich die Sozialisten (SPS) und die Gewerkschaften, an die bürgerlichen Parteien

an. Dieser Prozess gilt als Weg in die „Konkordanz“, einer bis heute für die Schweiz typischen Form der Demokratie, bei der möglichst alle Parteien in die Regierung eingebunden sind.

Die SPS entwickelte sich in der Zwischenkriegszeit dank des Proporzwahlrechts zur stärksten politischen Kraft im Parlament und erreichte 1929 fast 29 Prozent der Stimmen. Auslösendes Moment der Annäherung zwischen den politischen Lagern war die Revision des Parteiprogramms der SPS 1935. Die Partei löste sich von kommunistischen Vorstellungen und bekannte sich zur Landesverteidigung. 1937 folgte das „Friedensabkommen“ für die Maschinen- und Metallindustrie, das den Arbeitsfrieden nachhaltig sichern sollte und eine geradezu symbolhafte Bedeutung erlangte.

Die bürgerlichen Parteien und insbesondere die dominierende Freisinnig-Demokratische Partei (FDP) setzten ihrerseits auf die Verständigung



1935 besetzten italienische Truppen völkerrechtswidrig Abessinien (Teile des heutigen Äthiopien). Die Schweiz lehnte die vom Völkerbund deswegen gegen Italien verhängten Sanktionen ab. Das Foto von 1936 zeigt ein Mussolini-Plakat bei Addis Abeba.

mit der gemäßigten Linken, was schließlich 1943 den Einzug der Sozialdemokraten in die Regierung ermöglichte. Während der Druck durch Krisen und Krieg die Integration der Linken in die politische Macht begünstigte, blieb dagegen die Frage der Partizipation der Frauen am politischen System angesichts der Wirtschaftskrise ausgeklammert und harrte bis 1971 mit der Einführung des Frauenstimmrechts einer Lösung.

Am 30. August 1939 erhielt der Bundesrat vom Parlament weitgehende Vollmachten. Als am 1. September 1939 der Krieg in Europa begann, proklamierte die Schweiz ihre Neutralität. Das „Vollmachtenregime“ führte zu einer autoritär konnotierten Demokratie, die sich primär durch eine Schwächung der Legislative und eine für schweizerische Verhältnisse starke Tendenz zur Zentralisierung auszeichnete. Die Vollmachten wurden erst 1949 durch eine erfolgreiche Volksinitiative wieder abgeschafft.

### Pressezensur trifft vor allem linke Zeitungen

Im Gegensatz zum Ersten Weltkrieg standen alle Landesteile hinter den Alliierten, und die antifaschistische Einstellung der Bevölkerung spiegelte sich in den Zeitungen wider. Der Bundesrat reagierte mit einer Pressezensur, welche die Berichterstattung neutralitätspolitisch vertretbar machen sollte. Die meisten Zensurmaßnahmen richteten sich somit gegen die linke Presse.

Der Informationsstand der Bevölkerung blieb jedoch im internationalen Vergleich hoch. Gebannt wurden die deutschen Siege zu Beginn des Krieges verfolgt. Nach der Kapitulation Frankreichs, mit dem die schweizerische Armeeführung eine geheime militärische Kooperation eingegangen war, im Juni 1940 und der anschließenden Errich-

Rechts: Schlagzeile im „New York Enquirer“ (30. September 1940) über mögliche Pläne von Deutschland und Italien zur Aufteilung der Schweiz.

Unten: Marcel Pilet-Golaz war 1934 und 1940 Schweizer Bundespräsident.



Interfoto / Mary Evans Picture Library (2)

# VICHY REPORTS JAP-SOVIET PACT ITALY, NAZIS TO PARTITION SWISS

**NEW YORK ENQUIRER** FINAL EDITION  
OL. X. NO. 451 NEW YORK, MONDAY, SEPTEMBER 30, 1940 PRICE FIVE CENTS

**Russia Joining Axis-Jap Pact States France**  
**EDITORIAL**  
Let's Have Internal Defense Also

**Swiss Partition Planned by Axis Says Moscow**

**London Sends Ultimatum to Vichy Clique**

**Fascist Warns Italy Is Ready To Hit at Foes**

**critish Bomb Invasion Bases in the Channel**

**WACK DEAL TALKS**

des fanden sich jedoch durchaus Persönlichkeiten, die für eine Anbindung oder zumindest Annäherung an die Achsenmächte eintraten. Im November 1940 reichten Rechtsbürgerliche die „Eingabe der 200“ ein, welche auf der einen Seite eine Stärkung der Neutralität forderten, auf der anderen Seite aber auch gute Beziehungen zu den faschistischen Staaten. Die Pressezensur sollte verstärkt oder deutschkritische Zeitungen ganz verboten werden. Der Bundesrat ging nicht weiter auf die Eingabe ein. Die offizielle Schweiz lavierte weiter zwischen den Mächten, bis die Kriegereignisse des Jahres 1941 sowie die einsetzenden deutschen Niederlagen neue Positionierungen erforderlich machten.

### Literatur

Georg Kreis (Hrsg.), *Die Geschichte der Schweiz*. Basel 2014.

**DR. SACHA ZALA**  
geb. 1968, ist Direktor der Forschungsstelle Diplomatische Dokumente der Schweiz (DDS).

